

Prof. Dr. Alexander Fischer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bin daran erinnert worden, daß ich in meinem Referat gelegentlich die LDPD erwähnen möge. Um in der Zeit zu bleiben, müßte ich auf Ausführungen über diese Partei eigentlich verzichten. Ich hoffe aber auf die Unterstützung von Herrn Hansen und von Herrn Schmieder, wenn ich ein paar Minuten länger brauche, denn ich habe in der Tat versucht, auch diese „bürgerliche“ Partei mit zu behandeln.

Im übrigen habe ich darauf verzichtet, Ihnen einen vollständigen Abriss der Geschichte der CDUD vorzulegen. Mir erschien es angemessener, Ihnen möglichst konkrete Informationen in Form zweier Momentaufnahmen aus den Jahren 1944/45 zu vermitteln, wobei sich auf den ersten Blick sogar ein widersprüchliches Bild ergeben könnte.

Die erste Momentaufnahme wird nämlich verdeutlichen, daß der Faktor SMAD- dabei handelt es sich um die Sowjetische Militäradministration in Deutschland – bei der Berliner Gründung der Union zwar eine entscheidende Rolle spielte, den Gründerkreis aber in bezug auf dessen inhaltliche Diskussionen nicht beeinflusste.

Die zweite Momentaufnahme beinhaltet ein konkretes Beispiel, anhand dessen ich Ihnen vor Augen führen möchte, welche komplizierte Lage gerade eine sogenannte bürgerliche Partei wie die CDU vom Beginn ihrer Existenz an unter Aufsicht der SMAD in der SBZ zu bewältigen hatte.

Ich komme zum Gründungsvorgang. Wer die Faktoren bestimmen will, die zur Berliner Gründung der CDUD- der Gründerkreis legte übrigens auf das „D“ Wert; das ist mir nachträglich von Herrn Gradl klargemacht worden – am 26. Juni 1945 führten, der wird – das mag manche überraschen – drei benennen müssen: die Kommunistische Partei Deutschlands, die sowjetische Besatzungsmacht und natürlich den Berliner Gründerkreis.

Der hier an erster Stelle genannte Faktor KPD erklärt sich rein chronologisch mit der Rolle, die der Parteiführung der deutschen Kommunisten von sowjetischer Seite in Vorbereitung des Einmarsches der Roten Armee in Deutschland zugewiesen wurde. Herr Wilke hat ja schon heute früh darüber gesprochen.

Als zu Beginn des vorletzten Kriegsjahres im Londoner Lancaster House die Mitglieder der „European Advisory Commission“ ihre Verhandlungen über die europäische Nachkriegsordnung begannen, stellte sich rasch heraus, daß die Vorstellungen der amerikanischen, britischen und sowjetischen Delegationen über Sinn und Zweck dieses internationalen Gremiums nicht auf einen Nenner zu bringen waren. Unter diesen Umständen war es auch ausgeschlossen, sich über die Prinzipien für die politische Neugestaltung Deutschlands nach seiner absehbaren Niederlage zu einigen. Um so nachdrücklicher ist deshalb die Partei- und Staatsführung der Sowjetunion darauf aus gewesen, für sich

schon einmal die, wie es hieß, „Grundlinien für die Gestaltung eines neuen demokratischen Deutschland“ festzulegen.

Und hier kommt die KPD ins Spiel. Mit dieser Aufgabe wurde nämlich eine – unter Anleitung und Aufsicht der von dem bulgarischen Kominternfunktionär Georgi Dimitroff geleiteten Abteilung für Internationale Information des Zentralkomitees der KPdSU (B) stehende – zwanzigköpfige Arbeitskommission der deutschen Kommunisten betraut. Für ihre Mitglieder war es selbstverständlich, bei ihren Planungen „für alle einzelnen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in diesem neuen Deutschland“ auch Überlegungen über die politische Repräsentation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in diesem neuen Deutschland anzustellen.

Allen diesbezüglichen Erörterungen – das möchte ich noch einmal besonders betonen bzw. im Hinblick auf die vorangegangenen Vorträge wiederholen – lag eine prinzipielle Überlegung zugrunde. Nicht nur bei kommunistischen Spitzenfunktionären – wie die schon genannten Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin und Anton Ackermann –, sondern offenbar auch bei ihren sowjetischen Freunden galt es als selbstverständlich, daß die KPD unter gewissen Voraussetzungen eine maßgebliche Rolle – ich betone „maßgebliche“ – im neuen Deutschland spielen werde.

Was andere politische Kräfte anbetraf, so gingen die Kommissionsmitglieder zwar davon aus, daß spätestens „nach der Befreiung Deutschlands“ Parteien und Massenorganisationen entstehen würden, jedoch – und das ist wichtig – hing deren Existenz und Funktion offenbar von der Rolle ab, die die KPD bei der Beseitigung des Dritten Reiches spielen würde. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: je bestimmender die Rolle der KPD, desto geringer die Aussicht auf ein vollentwickeltes Parteiensystem. Wenn es der kommunistischen Parteiführung und ihren Kadern in Deutschland im Spätherbst 1944 oder im Winter 1944/45 gelungen wäre, jenen innerdeutschen kommunistisch kontrollierten bewaffneten Aufstand auszulösen, auf den die Moskauer Parteiführung hinarbeitete – wie realistisch das war, ist eine ganz andere Frage, darauf hat Manfred Wilke hingewiesen –, dann wären jene Ausführungen Ulbrichts umgesetzt worden, die er in den Kommissionssitzungen vom 17. und 24. April 1944 machte: Neben der KPD als einer übermächtigen Arbeiterpartei, die nach seinen Vorstellungen damals ihre Mitglieder und Anhänger möglichst weitgehend auch aus der früheren Sozialdemokratie und aus ehemals sozialdemokratischen Wählerschichten rekrutiert hätte, wären nur – so hieß das – Organisationen für Katholiken, den Mittelstand, die Bauern und nicht zuletzt für Gewerkschaften entstanden.

Ihre Selbständigkeit sollte von vornherein durch die Einbindung in den schon erwähnten „nationalen Block der kämpferischen Demokratie“ begrenzt werden. Deren Gründung durch kommunistische Funktionäre – das wurde ausdrücklich ausgeführt und ist in den Pieck-Notizen nachzulesen – sollte

aber in dem einen oder anderen Falle nicht ausgeschlossen werden. Ulbrichts Bemerkung, man solle Religion nicht mit Politik verquicken, deutete zudem darauf hin, daß jedenfalls zu diesem Zeitpunkt nicht an die Gründung einer Partei für christliche Bevölkerungskreise, sondern allenfalls an die Bildung einer nicht näher definierten „katholischen Organisation“ gedacht war.

Ein halbes Jahr später hatten sich die Voraussetzungen für einen politischen Neubeginn in einem besiegten Deutschland in einer Weise geändert, daß die kommunistischen Pläne vom Frühjahr 1944 neuen Überlegungen Platz machen mußten. Es war der Parteivorsitzende Wilhelm Pieck selbst, der in Lektionen vom November und Dezember 1944 über das Aktionsprogramm, den Aufbau und die organisationspolitischen Probleme der KPD die Frage nach dem künftigen Parteiengefüge aufwarf. Er ging dabei erstmalig von Bedingungen aus, „die durch die militärische Besetzung Deutschlands geschaffen werden“ würden. Dabei rechnete er in einem solchen Falle zwar mit wesentlichen Einschränkungen der freien politischen Betätigung – „vorläufig keine Wahlen, kein Parlament, keine Regierung“, so steht es in seinem Manuskript –, glaubte aber auch, davon ausgehen zu können, daß, wie vorhin schon erwähnt, mit Ausnahme der NSDAP die Existenz politischer Parteien erlaubt sein würde. Daher stellte sich die Moskauer Führung der KPD darauf ein, daß die alten Parteien wiederhergestellt würden, wenigstens, wie Pieck sagte, „die größeren davon“. Ohne von der Vorstellung einer führenden Rolle der KPD im Rahmen der schon erwähnten Blockpolitik abzugehen, rechnete Pieck mit einigen gewichtigen Rivalen: mit der SPD, außerdem mit den Deutschnationalen und den Demokraten – deren Zusammengehen er ebensowenig ausschloß wie „andere Bezeichnungen“ für beide Parteien – sowie – und das ist in bezug auf unser Beispiel von speziellem Interesse – vor allem mit dem Zentrum.

Jedenfalls hat Pieck in seiner Rededisposition vom 9. November 1944 im Zusammenhang mit der Frage, auf welche Kräfte sich die KPD „bei der Schaffung einer breiten nationalen Massenbewegung und eines Blocks der kämpferischen Demokratie“ orientieren müsse, die Rolle der katholischen Kirche deutlich herausgehoben. „Da sind zunächst die Katholiken“, so ließ er sich vernehmen, „die sich durch ihre Kirche trotz aller Verfolgungen doch einen organisatorischen Zusammenhalt bewahrten und in dem obersten Klerus (Bischöfe) eine feste Führung im Lande haben.“ Er würdigte auch die „große Popularität“, die sich einige dieser Bischöfe „durch ihr mutiges Auftreten gegen die Verfolgung der Kirche“ verschafft hätten. Aber er äußerte auch die Erwartung, daß „die katholischen Volksmassen bis tief in das Bürgertum hinein“ vom Kampf der KPD um eine breite nationale Massenbewegung beeinflußt werden könnten. Diese Auffassung – die sich an der früheren Zentrumsparterie orientierte; es wurde mit deren Wiedergründung gerechnet – blieb bis zu dem Moment für die kommunistische Parteiführung bestimmend, als im Juni 1945 in Berlin die Gründung der Parteien befohlen wurde.

Es war die sowjetische Besatzungsmacht, die – bisher als zweiter, aber natürlich maßgeblicher Faktor genannt – das Startzeichen für eine Wiederbelebung des deutschen Parteiensystems – und damit auch für die Gründung einer christlichen Sammelpartei, nicht des Zentrums – gab.

Zu einem überraschend frühen Zeitpunkt, als die westlichen Alliierten den Deutschen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten noch keinerlei politische Aktivitäten gestatteten, hielten die verantwortlichen Deutschlandpolitiker im Kreml den Zeitpunkt für gekommen, im besiegten Deutschland mit dem Befehl Nr. 2 für die Gründung politischer Parteien zu sorgen. Ich lasse jetzt die Spekulationen über die Rolle von Herrn Mikojan bei dieser Parteiengründung aus zeitlichen Gründen weg. Die Gründe für diesen Wandel in der sowjetischen Deutschlandpolitik müssen aus den Archiven – vor allem denen in Moskau – noch deutlicher herausgearbeitet werden. Jedenfalls erhielten die wenige Wochen zuvor aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrten, in drei Initiativgruppen tätigen deutschen Kommunisten aus Moskau in der zweiten Maihälfte des Jahres 1945 neue politische Direktiven, in denen auch von der Wiedergründung von Parteien die Rede war. Freilich konnte an die diesbezüglichen Überlegungen der Moskauer Arbeitskommission der KPD nur sehr begrenzt angeknüpft werden. Ich will auch hier auf Einzelheiten verzichten, um auf den letzten Faktor dieser Parteigründung – sicherlich auch ein sehr entscheidender – zu kommen. Es geht um den Gründerkreis der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), der ja nicht unbedingt den Vorgaben folgte, die aus Moskau gekommen waren.

Diese um die 50 Männer und Frauen starke Gruppe, die eine neue freiheitlich-demokratische Volkspartei christlichen Zuschnitts im Sinn hatte, konnte natürlich erst in dem Moment in Aktion treten, als die SMAD in Berlin grünes Licht gab. Es sollte aber nicht verschwiegen werden, daß in den Berliner Gründerkreis Überlegungen und Konzeptionen eingeflossen sind, die in kleinen Diskussionszirkeln schon während des Dritten Reiches angestellt bzw. entwickelt worden waren, wobei die Forderung nach Bündelung der politischen Kräfte stets eine hervorragende Rolle gespielt hat.

Bei den ersten Sondierungen nach dem Erlaß des Befehls Nr. 2 stellte sich rasch heraus, daß die von Jakob Kaiser favorisierte Idee einer deutschen Labour Party in der SBZ nicht durchzusetzen war. Nach Sondierungsgesprächen in Berlin zeigte sich schon Anfang Juni 1945 endgültig, daß weder in gewerkschaftlichen Kreisen noch in der Sozialdemokratie Neigung zu einer großen Linkspartei – so will ich es einmal nennen – im Sinne Kaisers bestand. Insbesondere – so eine Formulierung des Lehrers von Herrn Soell, Werner Conze – der „deutliche Zug nach links“ in den Reihen der wiedererstehenden Sozialdemokratie, der eher eine weitgehende Annäherung an die Kommunisten signalisierte, zwang Kaiser, seinen Plan fallenzulassen. Um so entschiedener verfolgte er daraufhin gemeinsam mit Andreas Hermes – dies ist wiederum

ein Zitat von Werner Conze – das Ziel, „diejenigen Kräfte zu sammeln, die auf demokratischem Boden, aber nicht im Sinne der von Karl Marx begründeten Lehre politisch zu wirken entschlossen waren.“

Der fehlgeschlagene Versuch zur Bildung einer deutschen Labour Party hat wesentlich dazu beigetragen, in der CDUD Andreas Hermes zur Schlüsselgestalt werden zu lassen. Der ehemalige Präsident des Reichsverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften war als Mitglied der Zentrumsparterie in der Weimarer Republik Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bzw. für Finanzen gewesen. Auch war er Mitglied des Preußischen Landtages und des Reichstages. Von daher brachte er dafür alle Voraussetzungen mit, nämlich „die Erfahrungen und Verbindungen seiner politischen und beruflichen Vergangenheit sowie seine Zugehörigkeit zum aktiven Widerstand.“

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß vor allem Hermes' frühe Berufung in den ersten Berliner Nachkriegsmagistrat für die Gründung der Union in zweifacher Hinsicht von Bedeutung gewesen ist. Zum einen ergaben sich durch die Amtsübernahme enge Kontakte zu Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht und zu den aus Moskau zurückgekehrten KPD-Funktionären, maßgeblichen Faktoren der damaligen Zeit. Längerfristig noch wichtiger für den politischen Neubeginn war aber zum anderen die Tatsache, daß Hermes dank seiner amtlichen Funktion mit allen neu erwachenden politischen Kräften in Berlin Führung aufnehmen, alte Freunde wiedertreffen und Menschen gleicher politischer Gesinnung kennenlernen konnte. Dazu gehörte übrigens auch Wilhelm Külz, der spätere Mitbegründer der LDPD.

Die Zusammensetzung des Gesprächskreises, der in bisweilen sehr temperamentvollen Aussprachen die politische Konzeption der neuen Partei entwickelte, wechselte ständig. Das war deshalb so – wir müssen uns das heute in besonderem Maße nochmals in Erinnerung rufen –, weil die Verkehrswege weitgehend zerstört waren. Ich will jetzt darauf verzichten, Ihnen darzulegen, welche verschiedenen Gruppierungen sich in dieser Union zusammengefunden hatten. Es war ein Kreis, der sich – Gradl hat es so genannt, man kann es vielleicht so abkürzen – „von Mitte-Rechts bis Mitte-Links“ erstreckte. Auch die frühere Deutsche Demokratische Partei, die alte Deutsche Staatspartei und natürlich das Zentrum waren vertreten.

Auf eines möchte ich besonders hinweisen: Es verdient Beachtung, daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Berliner Gründerkreises während des Dritten Reiches unterschiedlichen Gruppen der Widerstandsbewegung gegen die NS-Diktatur angehört hat. Ich nenne in diesem Zusammenhang u. a. den Kreisauer Kreis, die Goerdeler-Gruppe und den gewerkschaftlichen Widerstand. Auch dazu will ich mir im Hinblick auf die Zeit Einzelheiten schenken.

Allerdings will ich doch noch – und damit möchte ich diese erste Momentaufnahme abschließen – deutlich hervorheben, daß es schon von Bedeutung

war, daß die sowjetische Besatzungsmacht ebenso wie die deutschen kommunistischen Funktionäre bei ihren Überlegungen über ein neues deutsches Parteiensystem zumindest in einem Falle – nämlich hinsichtlich der Union – offenbar von falschen Voraussetzungen ausging. Noch bemerkenswerter ist, daß die SMAD auch die zentrale programmatische Aussage der CDUD – nämlich den Gedanken einer „Union“, der ja auch Überbrückung und Vereinigung von Konfessionen sowie von überlieferten politischen Richtungen, sozialen Schichten und Generationen bedeutete – widerspruchslos hinnahm.

Damit komme ich zur zweiten Momentaufnahme. Ich will versuchen, Ihnen die Rolle bzw. die Möglichkeiten dieser „bürgerlichen“ Parteien – hier muß die LDPD voll mit einbezogen werden – am Beispiel der Bodenreform zu erläutern.

Die SMAD als zentrale Instanz der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland hatte nach amtlichem Verständnis die Aufgabe, „die Einhaltung der Bedingungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation für Deutschland ergeben, zu kontrollieren, die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland zu verwalten und die Beschlüsse des Kontrollrates zu grundsätzlichen militärischen, politischen, ökonomischen und anderen für ganz Deutschland gemeinsamen Fragen durchzusetzen.“ Dementsprechend bestimmte sie – von ihrer Errichtung im Juni 1945 bis zu ihrer Auflösung im Oktober 1949 – in ihrer Zone „alle grundsätzlichen Entscheidungen über die Neugestaltung des politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Lebens“, ohne – und das war für die SMAD wichtig – ihre Durchsetzung in der Praxis außer acht zu lassen. Auf welche Weise und mit welchen Konsequenzen das gegenüber der CDUD geschah, soll an einem Beispiel verdeutlicht werden, nämlich der Durchführung der Bodenreform in der SBZ ab Frühherbst 1945.

Die Bodenreform in der SBZ ist nicht nur ein schwerwiegender Eingriff in die ökonomischen Gegebenheiten in bezug auf den Wiederaufbau Deutschlands gewesen, sondern auch der Versuch der sowjetischen Besatzungsmacht, noch vor dem Zusammentreten des Alliierten Kontrollrates zu seiner konstituierenden Sitzung am 30. August 1945 deutlich zu machen, was in Moskau unter der wenige Wochen zuvor auf der Potsdamer Konferenz übernommenen Verpflichtung verstanden wurde, Deutschland während der Besatzungszeit „als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten“.

Der Forderung nach Enteignung bestimmter Kategorien des Besitzes an Grund und Boden sowie des Familienbesitzes über 150 Hektar lag eine ideologisch bestimmte Linie der sowjetischen Deutschlandpolitik zugrunde, für die gerade die Bodenreform ein Kernbereich der sowjetischerseits für erforderlich gehaltenen „Demokratisierungspolitik“ gewesen ist. Die „Junker“, so wurde aus dieser Sicht argumentiert, seien nämlich stes „Inspiratoren der deutschen Aggression“ gewesen und hätten zudem „die gefährlichsten deutschen Militaristenkader“ gestellt.

Ich will jetzt hier nicht das Märchen in allen Einzelheiten wiedergeben, das möglicherweise später in den Schulbüchern der DDR- wenn sie denn bestehengeblieben wäre – gestanden hätte, wie man auf die Bodenreform gekommen ist. Das können Sie in den gesammelten Schriften von Walter Ulbricht nachlesen. Dort berichtet er über eine Fahrt mit Smirnow und Semjonow nach Weimar, Leipzig und Halle. Im Kreise Bitterfeld seien sie irgendwie hängengeblieben; dort habe er feststellen müssen, daß „der Baron“ weiterhin das Sagen hatte. Die drei seien daraufhin – ich fasse das jetzt ein wenig zusammen – auf die Idee gekommen, eine Bodenreform in Deutschland durchzuführen.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Initiative für diese Bodenreform von sowjetischer Seite ausging. Das läßt sich bei Wolfgang Leonhard nachlesen, der die russischen Entwürfe für die gesetzlichen Vorgaben in der Hand gehalten hat. Das wird auch von dem ehemaligen Wehrmachtmajor Bernhard Bechler bestätigt, der als 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg daran teilgenommen hat: Während einer Feierstunde, die 20 Jahre später stattfand, wies er darauf hin, daß „die wichtigsten ersten Maßnahmen zur Schaffung einer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ natürlich von den Russen ausgegangen seien. Diese Tatsache habe sogar – so beklagte er noch im nachhinein die daraus resultierende prekäre Situation der deutschen Funktionäre – dazu geführt, „daß nicht wenige Menschen unserer Bevölkerung damals glaubten, die demokratische Umgestaltung in der damaligen Ostzone sei nicht auf den Willen der Bevölkerung, sondern ausschließlich auf die Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen, unsere sozialistische Revolution sei letzten Endes auf den Bajonetten der Sowjetarmee importiert und errichtet worden.“

Es spricht alles dagegen, daß die CDUD- und mit ihr zusammen die LDPD- auch nur die geringste Chance gehabt hätten, Zeitpunkt, Inhalt und Ablauf der Bodenreform in der SBZ in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Der Allmacht der SMAD und ihrer Länderadministrationen waren diese beiden Parteien ebensowenig gewachsen wie der Absicht der KPD, der es vor allem darauf ankam, aus der Bodenreform eine „revolutionäre Massenaktion“ zu machen.

Konfrontiert mit einem „System selektiver und oft verfälschend wirkender Informationsweitergabe“, mit einer rigoros ausgeübten Pressezensur, mit massiven direkten und indirekten Pressionen zugunsten der Bodenreformvorstellungen der KPD sowie mit Drohungen eines Parteiverbots durch die SMAD mußte die CDUD-Führung in Berlin ohnmächtig mit ansehen, wie in den Ländern der SBZ ab September 1945 eine beispiellose, auf möglichst schnelle Durchführung angelegte Enteignungsaktion einsetzte.

Auch wenn die Partei mit ihrer konkreten Durchführung kaum etwas zu tun hatte, bekam sie deren Auswirkungen in Form von Berichten und Beschwerden massiv zu spüren. Auf diese Weise erhielt vor allem die Berliner Reichsleitung

einen recht präzisen und weitreichenden Eindruck von den Übergriffen, Ungerechtigkeiten, Mißständen und sogar Verbrechen, die sich im Zuge der Durchführung der Bodenreform ergaben.

Viele Möglichkeiten zum Widerspruch gab es für die Parteizentrale der Union in der Berliner Jägerstraße nicht. Die „Neue Zeit“ schied aufgrund der Zensurbestimmungen aus. Es wurden auf dreierlei Weise Versuche gemacht, dieser Entwicklung zu widersprechen. Zum ersten nutzte Andreas Hermes Mitte September 1945 eine Umfrage in der „Täglichen Rundschau“ an die Parteivorsitzenden, um seinem Unbehagen vorsichtig, aber deutlich Ausdruck zu geben. Er sprach von einer „Präjudizierung der Innenausstattung des angestrebten demokratischen Hauses“. Zum zweiten entschloß man sich zu einer sehr spektakulären Aktion; jedenfalls war sie das aus heutiger Sicht. Die Unionsführung unternahm den Versuch, die vier alliierten Oberbefehlshaber direkt anzuschreiben und sie sozusagen auf ihre gesamtdeutsche Verantwortung festzulegen bzw. sie daran zu erinnern. Vor allem sollten sie – das ist der Inhalt des Briefes, den ich hier nur kurz wiedergeben kann – daran erinnert werden, daß in solch grundsätzlichen ökonomischen Fragen reichseinheitlich vorgegangen werden sollte. Schließlich kam es zu einem dritten Schritt. Dem ging ein Referat des Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Heinrich von der Gablentz, im November 1945 voraus. Darin berichtete dieser über „Exzesse“, zu denen es im Zuge dieser Bodenreform kam. In diesem Zusammenhang war auch davon die Rede, daß damals nicht nur Haus und Hof, sondern auch persönliche Habe weggenommen wurde. Angehörige der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 wurden in diese Enteignungsaktion einbezogen. Ferner seien eine ganze Reihe dieser „Junker“ – das waren sie jedenfalls aus sowjetischer Sicht – in ein Konzentrationslager auf der Insel Rügen gebracht worden. Daraufhin legte sich die Reichsleitung der Union fest, den sogenannten Neubauernaufruf vom November 1945 – da ging es um die Aufforderung an die Öffentlichkeit, die Neubauern zu unterstützen – nur dann zu unterzeichnen, wenn es eine kritische Aussage der politischen Parteien der SBZ zu den Mißständen während der Bodenreform gebe.

Die Weigerung der Union, diesen Aufruf zu unterschreiben, kam einer Spaltung der Einheitsfront und damit – das war es jedenfalls aus Sicht der SMAD- einem Sakrileg gleich. Man reagierte entsprechend: Hermes und Schreiber – die beiden Vorsitzenden der CDUD- sowie Waldemar Koch von den Liberaldemokraten wurden zu Shukow bestellt. Dort mußten sich – übrigens in Anwesenheit Ulbrichts; Lotte Ulbricht war Dolmetscherin – Hermes, Schreiber und Koch einiges anhören: Shukow warf Hermes vor, keine Partei bereite „soviel Schwierigkeiten“ wie die CDU. Ihre Politik „verletze das Potsdamer Abkommen“, sie sympathisiere mit „Kriegsverbrechern, die unter Anklage stünden“, und sie stelle „den Reparationen Hindernisse in

den Weg“, „sabotiere die Bodenreform“ und „mache Propaganda gegen die Grenzregelung im Osten.“

Das waren die Voraussetzungen dafür, um eine sehr durchsichtige Entwicklung einzuleiten. Verantwortlich war der hier schon genannte hohe Funktionär der sowjetischen Militäradministration, Oberst Sergej Tjulpanow, der eine Initiative einleitete, die dazu führte, daß kurz vor Weihnachten 1945 die Parteileitung der CDU – bestehend aus Hermes und Schreiber – abgelöst wurde. Weitere solcher Eingriffe sind – davor und danach – zu registrieren gewesen.

Es ist in der damaligen Situation – vor allem nach der Ablösung der zweiten Parteileitung, bestehend aus Kaiser und Lemmer; das geschah kurz vor Weihnachten im Jahre 1947 – in der Union offensichtlich eine Diskussion in Gang gekommen, über die ich etwas aus dem Schreiben eines Journalisten – er war Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, sein Name war Harald Roos – erfahren habe. Roos hatte am 19. März 1949 einen Brief an Otto Nuschke, den kommissarischen Vorsitzenden der CDUD, geschrieben. Das geschah nach einem zweieinhalbstündigen Gespräch, daß er mit dem der Union von der SMAD als Aufpasser zugeeilten Hauptmann Kratyn geführt hatte.

Roos schrieb an Nuschke, daß er nach diesem Gespräch „den bedenklichsten Eindruck über die Absichten der Besatzungsmacht hinsichtlich der CDU und hinsichtlich einer gemeinsamen deutschen Politik“ gewonnen habe. So „außerordentlich intelligent“ Kratyn auch gewesen sei, so wurde Nuschke in aller Offenheit informiert, so wenig habe dieser verhüllen können, „daß eine Verschärfung – 1948 im Frühjahr – des sogenannten volksdemokratischen Kurses in der Ostzone sowohl hinsichtlich der Bauern – wie der Industriepolitik, der Handels- wie der Finanzpolitik unter allen Umständen beabsichtigt ist.“

Roos hat seinen sowjetischen Gesprächspartner bei dieser Gelegenheit ohne Umschweife darauf aufmerksam gemacht, „daß das fortgesetzte Folgen und Hören auf Absichten, Ziele und Einreden der SED 95 Prozent der Bevölkerung der Ostzone heute schon in eine absolute Psychose gegen die Besatzungsmacht hereingebracht habe, weil die tatsächlich tausendjährige bürgerliche Vergangenheit und ihre auch heute noch gesunden Traditionen in Deutschland geleugnet und beiseitegeschoben werden.“ Er sah sich gegenüber seinem sowjetischen Gesprächspartner zu der Bemerkung gezwungen, daß es „eigentlich überflüssig erscheinen müsse, in der Ostzone noch eine CDU aufrechtzuerhalten, da das Ganze auf eine kommunistische Politik herauskäme.“

Dieses Fazit dürfte seinerzeit von vielen Mitgliedern in beiden sogenannten bürgerlichen Parteien gezogen worden sein. Wenn dies nicht zu entsprechenden praktischen Konsequenzen führte, dann lag das daran, daß die Parteileitungen – das Wort „Parteileitungen“ ist zu betonen – von CDUD und LDPD zu dieser Zeit schon in den Händen jener Funktionäre lagen, die – um es in den Worten eines führenden Repräsentanten der Liberaldemokraten auszu-

drücken – der Überzeugung waren, daß sich in Deutschland eine Richtung von Demokratie durchsetzen werde, von der dieser Repräsentant, nämlich Johannes Dieckmann, schon im Sommer 1945 auf einer Wahlveranstaltung in Dresden zu sagen wußte, daß sie, „wenn sie sich gestalten kann und gestaltet hat, vermutlich der russischen Auffassung näher verwandt sein werde als der des Westens.“

Damit war eine Linie vorgegeben, die auf den ersten Blick bruchlos hin zu einer Partearbeit im Zeichen „von Ostbindung und Gleichschaltung“ führte, hin zu einer Parteileitung – das gilt für die CDUD unter Otto Nuschke –, die in ihrer bedingungslosen Loyalität gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht die Union der SBZ bzw. DDR gegen den Willen der weit überwiegenden Zahl ihrer Mitglieder den Zielsetzungen der SED unterzuordnen begann.

Das war ein Prozeß, der im Jahre 1952 schließlich mit den 22 „Thesen des Christlichen Realismus“ einen gewissen Abschluß – man kann auch sagen: einen traurigen Höhepunkt – erreichte, in denen u. a. unter Verweis auf die „beispielhafte Verwirklichung“ der von Karl Marx entwickelten „Lehre vom Aufbau einer neuen besseren Gesellschaftsordnung“ in der Sowjetunion festgeschrieben worden war, daß der Sozialismus den Christen „die beste Möglichkeit zur Verwirklichung der Forderungen Christi und zur Ausübung praktischen Christentums“ biete.

Wer näher hinsieht, wird allerdings zur Kenntnis nehmen müssen, daß das angesichts solcher Aussagen rasch gefällte abschätzige „Blockflöten“-Urteil den tatsächlichen Gegebenheiten doch nicht gerecht wird – den Vorfällen etwa, wie sie sich bei der Gleichschaltung der Landesverbände im Jahr 1950 abgespielt haben:

- Es kam damals zur Absetzung des sächsischen Landesvorsitzenden Hugo Hickmann, nachdem er den Führungsanspruch der SED in Frage gestellt hatte.
- Weiter kam es zu dem hier schon erwähnten Schauprozeß gegen den Landesvorsitzenden Leo Herwegen in Sachsen-Anhalt. Er wurde zu 15 Jahren Zuchthaus – davon drei Jahre Einzelhaft – verurteilt.
- Außerdem kam es zur Absetzung des Wirtschaftsministers Siegfried Witte und nachfolgend zu einer Verhaftungswelle gegen die „Witte-Clique“ in Mecklenburg-Vorpommern.
- Es ist der sogenannte Eichsfelder Fenstersturz zu erwähnen; dabei kam es zur Ausschaltung der CDUD-Mehrheiten im Eichsfeld, dem „Eingangstor des Imperialismus“, wie es in der Diktion der SED hieß, und in anderen Kreisverbänden Thüringens.
- Weiterhin kam es zur Verhaftung und zum Tod – nach Folter – des 74jährigen Potsdamer CDUD-Politikers Frank Schleusener.

Es ist eben – und damit will ich schließen – nicht zu verkennen, daß in

den sogenannten bürgerlichen Parteien CDUD und LDPD drei Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur schon lebendige demokratische – christliche und liberale – Traditionen existierten, so daß viele ihrer Mitglieder nicht bereit waren, der Errichtung einer neuen, kommunistischen Diktatur widerstandslos zuzusehen. Sie haben sich auch gewehrt, freilich unter den von Besatzungsmacht und SED gesetzten Bedingungen, jedenfalls so gut und so lange sie konnten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen, lieber Herr Professor Fischer, ganz herzlichen Dank.- Ich glaube, alle drei Vortragenden haben uns den gegenwärtigen Stand vermitteln können. Sie haben uns Neues – auch in bezug auf biographische Fakten – gesagt. Dadurch wurden die Vorträge – das ist mein Eindruck – sehr farbig.

Ich bitte die Mitglieder Enquete-Kommission, die jetzt anstehende Diskussionsrunde dazu zu nutzen, um noch weitere biographische Fakten an Tageslicht zu bringen. Wir hatten vereinbart, daß mindestens drei Redner einen vorbereiteten Diskussionsbeitrag zu den angesprochenen drei Themen vortragen. Da wir solche Persönlichkeiten wie Herrn Putzrath und Herrn Katzer unter uns haben, sollten auch diese die Möglichkeit haben, im Rahmen dieser Diskussionsrunde noch Unvorbereitetes zu sagen.- Ich bitte nun Frau Dr. Erika Wolf, anzufangen.

Dr. Erika Wolf: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.- Ich kann aus meiner Erfahrung natürlich zu dem letzten Referat etwas sagen. Mit großem Interesse und einiger Erschütterung habe ich gehört, was gerade gesagt wurde.

Ich möchte auch zu den beiden Punkten, die Herr Professor Fischer erwähnt hat – nämlich zur Gründung der Partei und zur Bodenreform –, etwas sagen. Die Gründung der Partei war für die Sowjetische Militäradministration, wie Sie gesagt haben, eine schreckliche Überraschung. Denn man hatte damit gerechnet, das Zentrum – und damit eine Partei, die wahrscheinlich nicht sehr viele Anhänger gehabt hätte, weil der Anteil der Katholiken in der Sowjetischen Besatzungszone verhältnismäßig gering ist – zu sehen.

Hermes selber saß, nachdem er zum Tode verurteilt worden war, im Gefängnis Moabit. Am 23. April 1945 wurde er freigelassen. Wenige Tage danach – nämlich schon am 6. Mai – erhielt er einen Besuch von Ulbricht, der ihn fragte, ob er bereit wäre, die Verantwortung für die Ernährung Berlins zu übernehmen. Das bejahte er. Er wurde dann von General Bersarin in diese Funktion eingesetzt, die es ihm natürlich auch erleichterte, die Menschen zu sammeln, mit denen er zusammenarbeiten konnte. Sie kamen im wesentlichen aus Kreisen des Widerstandes.

Wenn man den Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands liest, sieht man, daß in der Tat wichtige Vertreter der politischen Szene vor 1933 sich wieder zusammengefunden hatten. Es war ja der Vorteil der Entwicklung, daß die Zeit des Nationalsozialismus immerhin verhältnismäßig